

## Sitzungsbericht Grosser Gemeinderat Winterthur

Vom: 24.08. 2009

### Detaillierter Inhalt über die einzelnen Geschäfte

2. - 5. **Wahlen:** Neu in eine Kommission gewählt wurden Christine Denzler (FDP, Soziales und Sicherheit), Urs Brügger (FPD, Bürgerrechtskommission), Barbara Läubli (SP, Fürsorgebehörde), Bernhard Stickel (parteilos, für SP, Aufsichtskommission Berufswahl- und Werkjahrschule).

Dringliche Interpellationen:

- **Jugendgewalt** in Winterthur (09/082): Bisher wurden keine Daten betreffend Alter der Täterschaft erhoben. Ein Vergleich mit anderen Städten ist nicht möglich. Die Delikte sind bunt gemischt. Die Medien werden nicht zwingend informiert. Nötig wären bessere Justizverfahren und mehr Personal sowie Eltern, die ihre Verantwortung wahrnehmen.
- **Städtische Pflegezentren** - Neubesetzung Geschäftsführung (09/083): Die jetzigen Organisationsmodelle werden für die Zukunft überdacht. Im Moment ist es nicht nötig, die Leitungsfunktion auf mehr Personen zu verteilen.

6. Information des Stadtrates

aktueller **Finanzausgleich:** Das neue Finanzausgleichsgesetz zielt in die richtige Richtung (Ressourcen- und Zentrumslastenausgleich), Eigenkapitalbildung wäre möglich. Der Winterthur Stadtrat begrüsst das neue Modell, möchte aber einen erhöhten Zentrumslastenausgleich, um Schwankungen beim Ressourcenausgleich aufzufangen und gleich wie die Stadt Zürich behandelt zu werden.

**Investitionsplanung und -bedarf:** Winterthur fehlt das Geld für die notwendigen Investitionen, das Wirtschaftswachstum hapert. Polizei und Verwaltung sind bereits schlank. Die Investitionsquoten der Vergangenheit waren zu tief, das Bevölkerungswachstum führt zu höheren Kosten. Die Stadt ist auf Geld vom Kanton angewiesen. In einem Plan B würden allenfalls Sonderentwicklungsbeiträge verlangt.

Wir grünliberalen sind klar der Meinung, dass nach dem starken quantitativen Wachstum der vergangenen Jahre nun eine Phase des Qualitativen Wachstums einzuschlagen ist. Winterthur braucht nicht nur Wohnraum, sondern auch eine starke und produktive Wirtschaft um die nötigen Investitionen in die Zukunft tätigen zu können. Dazu gehören Investitionen in die Infrastruktur ebenso wie Investitionen in den nachhaltigen Umgang mit allen Ressourcen. Winterthur soll wieder zu einer selbstbewussten Grosstadt werden.

7. Nutzungsplanung: Festlegung des **Ergänzungsplans c) Kernzone Stocken** (09/046): Dank einer Kompromisslösung muss die Stadt nun keine Entschädigung bezahlen. Dem Eigentümer waren die Kernzonenvorschriften beim Kauf des Grundstücks bekannt. In Zukunft sollen Grundeigentümer vor Änderungen angeschrieben werden.
8. **Kredit** über Fr. 225'000.-- für die **aufsuchende Jugendarbeit** (09/060): Der Kredit wurde im Sinne einer Prävention auf Fr. 275'000.-- aufgestockt, da die Quartiere Töss, Veltheim und Hegi durch den bisherigen Betrag nicht abgedeckt werden konnten.
9. **Investitionsbeitrag** in Höhe von Fr. 1 Mio. an die **Schweizerische Technische Fachschule Winterthur** (STFW) (09/045): Renovation und Ausbau der Schule sind nötig. Bis vor kurzem wurde die STFW durch den Bund mit finanziert und durfte deshalb keine Rückstellungen tätigen. Neu zahlen die angeschlossenen Dachverbände und der Kanton. Winterthur beteiligt sich, sobald die Finanzierung gesichert ist. Die STFW ist praxisorientiert, fundiert und engagiert und erbringt namhafte Eigenleistungen. Der Kredit war unbestritten.

#### Folgende Vorstösse wurden überwiesen:

- Motion betr. **Verbesserung der Wirksamkeit der Ombudsstelle** (08/104): Bisher fehlt eine Kontrollmöglichkeit, wie die Empfehlungen der Ombudsstelle durch die Verwaltung umgesetzt werden.
- Motion betr. **Definition Grenzbereich gebundene Ausgaben** (08/079): Gebundene Ausgaben sind oft Grauzonen und abhängig von politischen Kalkulationen. Es ist schwierig, Alternativen zur bisherigen Form zu finden.
- Postulat betr. **Überarbeitung Richtlinien Reithalle** (08/102): Seit der Renovation der Reithalle behindern die bestehenden Richtlinien eine optimale Auslastung. Eine Überarbeitung ist nötig.

#### Beantwortete Vorstösse:

- Postulat betr. **Attestausbildungsplätze in der Stadtverwaltung** (07/026): Die Stadt macht, was möglich ist. Inzwischen hat sich das Problem verlagert in Richtung Einstieg ins Berufsleben nach der Ausbildung. Siehe frühere Kurzberichte.
- Interpellation betr. **Optimierung von Budget und Rechnung** (08/046): Winterthur sind die Hände gebunden, die Reform des Finanzausgleichs ist eine harzige Sache. Der Knackpunkt ist die Unmöglichkeit zur Bildung von Eigenkapital (ausser bei der Neubewertung von Liegenschaften). Das System als Ganzes ist ineffizient.
- Interpellation betr. **Gebührentransparenz** (08/055): Es scheint nicht so einfach, zu beziffern, wie hoch die Gebühren in welchem Fall sind. Spielraum besteht kaum, Winterthur liegt aber unter dem schweizerischen Durchschnitt.
- Interpellation betr. **Würdigung verdienstvoller Persönlichkeiten** (08/029): Zurzeit fehlen bei einigen Strassen Tafeln, die über die Herkunft des Namens Auskunft geben. Es besteht eine Liste mit AnwärterInnen für neue Strassennamen. Die Namensgebung ist nicht einfach und NamensgeberInnen müssen bereits verstorben sein.

Für weitere Fragen

Michael Zeugin (Gemeinderat)

Mobile 079 488 70 56, eMail [michael.zeugin@grunliberale.ch](mailto:michael.zeugin@grunliberale.ch)

Susanne Stöckli (Gemeinderätin)

Tel 052 203 43 67, eMail [susanne.stoekli@grunliberale.ch](mailto:susanne.stoekli@grunliberale.ch)

---

Absender

Grünliberale Partei Winterthur, eMail [winterthur@grunliberale.ch](mailto:winterthur@grunliberale.ch)  
<http://winterthur.grunliberale.ch>

---

Information über die Grünliberalen

Die Grünliberale Partei des Bezirks Winterthur wurde am 31. Oktober 2005 gegründet und steht für eine nachhaltige und lösungsorientierte Politik ein. Die Grünliberalen stellen in Winterthur einen Kantonsrat, eine Gemeinderätin, einen Gemeinderat sowie vier Kreisschulpflegerinnen und -schulpfleger. Bei den nationalen Wahlen vom 21. Oktober 2007 erreichte die Grünliberale Partei einen Wählerinnen- und Wähleranteil von 7,01 % für die Stadt Winterthur und 6,55 % für den ganzen Bezirk Winterthur.